

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/021(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 31.08.2007	Hasselbachsaal	15:00Uhr	17:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

- 2 Bestätigung der Tagesordnung

- 3 Genehmigung der Niederschriften des Verwaltungsausschusses vom
22. 06. 2007 und 09. 07. 2007

- 6 Informationen

- 6.1 Bericht zum Personal- und Organisationsmanagement
Vorlage: I0176/07

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

- 7 Beschlussvorlagen

- 7.1 Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung
Vorlage: DS0186/07

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

- 7.2 Information zur DS 0342/07 - HHK-Maßnahme 112
"Personalanpassung der Stadtverwaltung"
Vorlage: I0239/07

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

- 7.3 Wahlsichtwerbung-Sondernutzungssatzung
Vorlage: DS0291/07

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

- 8 Verschiedenes

- 9 Anträge

- 9.1 Gelebte Städtepartnerschaft
Vorlage: A0061/07

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 9.1.1 Gelebte Städtepartnerschaft
Vorlage: S0168/07

BE: Oberbürgermeister

- 10 Beschlussvorlagen

- 10.1 Bildung des Eigenbetriebes "Konservatorium Georg Philipp Telemann"
Vorlage: DS0087/07

BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport

- 10.2 Straffung und Effizienzsteigerung der IGZ-Beteiligungen der Landeshauptstadt Magdeburg unter Einbeziehung der Betreuung der Denkfabrik
Vorlage: DS0239/07

BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadträtin Dagmar Huhn

Stadträtin Karin Meinecke

Stadtrat Hubert Salzborn

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

ab 17.15 Uhr i.V. f. SR Löhr

i.V. f. SR Lischka

i.V. f. SR Sven Meinecke

i.V. f. SR Schwenke

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Sven Meinecke

Stadtrat Wigbert Schwenke

Beratende Mitglieder

Stadtrat Michael Stage

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

In **Ergänzung** der Tagesordnung liegt die Information I0233/07 als **TOP 5.2** vor.

Die TOP **10.2** – DS0239/07 und
11.3 – DS0411/07

werden von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

Die so geänderte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschriften des Verwaltungsausschusses vom 22. 06. 2007 und 09. 07. 2007

Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 22. 06. 2007

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 3 Enthaltungen einstimmig **bestätigt**.

Niederschrift der Sondersitzung des Verwaltungsausschusses vom 09. 07. 2007

Die Niederschrift wird mit nachfolgender Ergänzung

Auf Seite 4 ist als 2. Absatz einzufügen:

Stadträtin Szydzick, CDU-Fraktion, stellt die Frage, wann das Schreiben der Magdeburger Verkehrsbetriebe bei der Stadtverwaltung eingetroffen ist.

Antwort des Oberbürgermeisters: Das Schreiben lag am 08. 06. 2007 in der Stadtverwaltung vor.

bei 4 Enthaltungen einstimmig **bestätigt**.

6. Informationen

6.1. Bericht zum Personal- und Organisationsmanagement Vorlage: I0176/07

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

In seinen erläuternden Ausführungen zur Information nimmt der Beigeordnete I Herr Platz Bezug auf die Darstellung des Personalbestandes der Stadt Magdeburg seit 1999 und die hier verdeutlichten Veränderungen. Anhand dieser Veränderungen sei die These abzuleiten, dass hinsichtlich der Konsolidierung im Personalbereich kein großer Spielraum mehr besteht. Weitere Personalreduzierungen würden dazu führen, dass auch Aufgabenbereiche einer Prüfung unterzogen werden müssen.

Hinsichtlich der Altersentwicklung ist festzustellen, dass ab 2011 massiv Mitarbeiter verloren gehen. Hier muss nunmehr der Schwerpunkt der Diskussion liegen und eine Umstellung der Konsolidierungsphase in eine Personalgewinnungsphase erfolgen, um zukünftig die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung erhalten zu können. Mit dem vorliegenden Bericht soll das Problembewusstsein geweckt werden, wie qualifiziertes Personal gewonnen werden kann.

Hinsichtlich der Darstellung des Bestandes der Personalbörse erläutert er im Weiteren Ursachen für die sich immer schwieriger erweisende Vermittlung von Mitarbeiter/-innen der Personalbörse auf andere Stellen.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, führt aus, dass die im Bericht dargestellte Entwicklung des Personalbestandes auch im Ergebnis der Eigenbetriebsgründungen zu sehen ist und hinterfragt die Möglichkeit der Darstellung des tatsächlichen Personalbestandes der Kernverwaltung sowie einer Gegenüberstellung von Personaleinsparungen und Sachkosten.

Hierzu verweist der Beigeordnete I Herr Platz darauf, dass diesbezügliche Aussagen bereits im Bericht zum Personal- und Organisationsmanagement 2005 getroffen wurden. Hinsichtlich der Darlegungen des Stadtrates Westphal sagt er zu, eine entsprechende Information zur Personalentwicklung in der Kernverwaltung der letzten fünf Jahr vorzubereiten.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

7. Beschlussvorlagen

7.1. Realisierung personalwirtschaftlicher Maßnahmen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung Vorlage: DS0186/07

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Erläuternd zur Drucksache legt der Beigeordnete I Herr Platz dar, dass auf Grund des positiven Abschlusses der 1. Phase des Modells der Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit um 10 %, die Entscheidung getroffen wurde, dieses Modell fortzusetzen. Seitens des Landesverwaltungsamtes gibt es hierzu kein Bedenken und es wird die Herbeiführung eines Stadtratsbeschlusses angeregt.

Im Ergebnis des Arbeitszeitmodells ist zu verzeichnen, dass durch diese Maßnahme für den Konsolidierungszeitraum 2004 bis 2009 Personalkosteneinsparungen in Höhe von 9,9 Mio Euro erzielt werden.

Auf der Grundlage einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zur Maßnahme der Altersteilzeit ist zukünftig darauf zu achten, dass bei Gewährung der ATZ die entsprechende Stelle nicht wiederbesetzt wird. Hierdurch ergeben sich weitere Einsparungen.

Im Ergebnis beider Maßnahmen kann festgestellt werden, dass insgesamt 13,5 Mio Euro eingespart werden können.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, hinterfragt das Vorliegen einer Einschätzung zu den einzelnen Dezernaten, in welchen Bereichen die Personaleinsparungen dazu führen, dass Aufgaben nicht mehr oder nur schwer erfüllt werden können.

Hierzu legt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper dar, dass nach bisherigen Erkenntnissen keine Verluste in der Verwaltung bzgl. der Aufgabenerfüllung eingetreten sind. Er informiert, dass in den einzelnen Dezernaten in den nächsten Monaten Situationsbewertungen vorgenommen werden in Verbindung mit der Ableitung von entsprechenden Maßnahmen. Im Ergebnis müssen dann z.B. personelle Umbesetzungen vorgenommen werden.

Insbesondere macht der Oberbürgermeister darauf aufmerksam, dass sich der Aufgabenumfang in den vergangenen Jahren, wie z.B. im Baubereich, auch entsprechend reduziert hat.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, verweist unter Bezugnahme auf die Aufgaben des Veterinäramtes darauf, dass trotz Personaleinsparungen bestimmte Kontrollmaßnahmen gewährleistet bleiben müssen.

Stadträtin Huhn, SPD-Fraktion, bezeichnet die vorliegende Drucksache im Zusammenhang mit der Information I0176/07 als guten Ansatz der Personalpolitik der Stadt. Sie kritisiert das Fehlen einer Analyse der bisherigen personalwirtschaftlichen Maßnahmen hinsichtlich der Aufgabenerfüllung sowie der Stellungnahme des Personalrates. Im Weiteren hinterfragt sie die Krankenstandsentwicklung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist auf die Feststellung, dass trotz Stelleneinsparungen die Aufgaben der Verwaltung erfüllt werden konnten. Zur Weiterführung der vorgeschlagenen personalwirtschaftlichen Maßnahmen werden aber weiterhin die entsprechenden Prüfungen vorgenommen und Gespräche mit Mitarbeitern geführt.

Der Beigeordnete I Herr Platz führt ergänzend aus, dass die zur Umsetzung der personalwirtschaftlichen Maßnahmen geschlossenen Kontrakte mit den einzelnen Dezernaten klare Perspektiven zu machbaren Personaleinsparungen enthalten haben. Mit der Neuauflage des Arbeitszeitmodells müssen jedoch erneute Prüfungen in den einzelnen Bereichen hinsichtlich der Aufgabenerfüllung vorgenommen werden. Zielstellung muss es sein, die erforderlichen Kontrakte als verlässliche Grundlage für die Aufgabensicherung schnellstmöglich neu abzuschließen.

Bezüglich der Stellungnahme des Personalrates führt er im Weiteren aus, dass dieser den vorgeschlagenen personalwirtschaftlichen Maßnahmen zurückhaltend gegenüber stand. Seitens der Personalvertretung wurde zwar die Aussage getroffen, dass die Grenze der machbaren Personaleinsparungen erreicht wurde, Alternativen könnten aber nicht aufgezeigt werden.

Zur Frage der Krankenstandsentwicklung informiert Herr Platz darüber, dass hier eine Absenkung zu verzeichnen ist.

Abschließend gibt der Oberbürgermeister zu bedenken, dass die bisherigen personalwirtschaftlichen Maßnahmen erfolgreich waren. Stimmt der Stadtrat der vorgeschlagenen Weiterführung nicht zu, wäre eine Alternative der Abschluss eines Haustarifvertrages, wobei hier noch nicht alle Auswirkungen eingeschätzt werden können, bzw. anderweitige Personaleinsparungen.

Zum Hinweis des Stadtrates Salzborn, CDU-Fraktion, darüber nachzudenken, möglicherweise bestimmte Aufgaben der Verwaltung aufzugeben signalisiert der Oberbürgermeister seine Bereitschaft, jedem Hinweis zur Aufgabenreduzierung offen gegenüber zu stehen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0186/07 in seiner Sitzung am 06. 09. 2007 zu beschließen.

7.2. Information zur DS 0342/07 - HHK-Maßnahme 112
"Personalanpassung der Stadtverwaltung"
Vorlage: I0239/07

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Diskussionsbedarf.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

In seinen Ausführungen informiert der Beigeordnete I Herr Platz, dass die vorliegende Satzung im Ergebnis der in einer Arbeitsgruppe vorgenommenen Auswertung der letzten Wahlen erarbeitet wurde und fasst die wesentlichsten Regelungen zusammen. Insbesondere geht er auf die Neuerungen der Satzungsregelungen

- erlaubnisfreie Werbung mit Anzeigepflicht
- Beschränkung der Anzahl Wahlplakate pro Lichtmast
- Möglichkeiten der Ahndung von Zuwiderhandlungen

ein.

Stadtrat Franke, FDP-Fraktion, nimmt Bezug auf die Erläuterungen zu § 5 Abs. 3 und sieht Unstimmigkeiten hinsichtlich der Formulierung dieses Absatzes bzgl. der Anbringung von Doppelplakaten.

Im Weiteren geht er auf die Regelung des § 3 – Anzeigepflicht – ein und hinterfragt die Verfahrensweise bei Verstößen gegen die Anzeigepflicht durch Bundes- oder Landesparteien.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper trifft hierzu die Aussage, dass eine Konkretisierung des Absatzes 3 im § 5 der Satzung vorzunehmen ist.

Hinsichtlich der Problematik der Verstöße gegen die Anzeigepflicht legt er seine Auffassung dar, dass dann die Bundes- oder Landesverbände einbezogen werden müssten. Er bezeichnet diese Problematik als Sonderfall, bei dem im Einzelfall eine Lösung gefunden werden muss.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, unterstützt die Einführung der Anzeigepflicht und legt seine Auffassung dar, dass auch Bundes- oder Landesparteien diese Pflicht einzuhalten haben.

Im Weiteren geht er auf die Erläuterungen zum § 4 der Satzung ein und bezeichnet die Formulierung ... unangemessen benachteiligt ... im 2. Absatz der Erläuterung als irreführend.

Der Beigeordnete I Herr Platz verweist darauf, dass dies als Erläuterung zum Anliegen des Paragrafen zu sehen ist und diese Passage gestrichen werden kann.

Stadtrat Brüning nimmt weiterhin Bezug auf § 5 Abs. 5 und gibt den Hinweis, dass es unter Punkt 8 richtig heißen muss **MVB GmbH**. Bezüglich der MVB GmbH hinterfragt er vor dem Hintergrund der Eigenständigkeit von Gesellschaften kritisch die Einbeziehung der Gesellschaft.

Der Beigeordnete I Herr Platz sagt zu, diesen Sachverhalt prüfen zu lassen.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, nimmt Bezug auf die Erläuterungen zu Absatz 3 des Paragrafen 1 und legt seine Auffassung dar, dass die Formulierung ... **unmittelbar** vor dem Zugang zu dem Gebäude... präziser definiert werden sollte.

Zur gewählten Formulierung macht der Beigeordnete I Herr Platz erläuternde Ausführungen.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, unterstützt die Einbeziehung der MVB GmbH und regt an, entsprechende Kontrollen durchzuführen. Bei Verstößen gegen die Regelungen der Satzung sollten ggf. Plakatentfernungen vorgenommen und ein entsprechender Kostenbescheid erlassen werden.

Der Oberbürgermeister legt abschließend dar, dass die in der Diskussion vorgebrachten Änderungsvorschläge aufgenommen und diese Hinweise ebenfalls in der Beratung des Ausschusses KRB vorgetragen werden. Seitens des Einbringers ist ggf. ein entsprechendes Austauschblatt zur Behandlung im Stadtrat am 04. 10. 2007 vorzulegen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0291/07 in seiner Sitzung am 04. 10. 2007 zu beschließen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper übergibt um 17.00 Uhr die Sitzung an den stellv. Vorsitzenden Stadtrat Stern.

Hinweis: Stadtrat Löhr und Stdträtin Wübbenhorst, SPD-Fraktion, verlassen um 17.00 Uhr die Sitzung.

8. Verschiedenes

8.1. IGZ-Beteiligungen

Unter Bezugnahme auf die DS0239/07 – Straffung und Effizienzsteigerung der IGZ-Beteiligung der LH MD unter Einbeziehung der Betreuung der Denkfabrik – informiert Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, über seine Anregung im Ausschuss RWB, eine Diskussion von politischen Vertretern mit allen Beteiligten bzgl. des angedachten Gesellschaftskonstrukts zu führen.

9. Anträge

9.1. Gelebte Städtepartnerschaft Vorlage: A0061/07

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen macht umfassende Ausführungen zum Anliegen des Antrages.

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, hält die praktische Umsetzung der vorgeschlagenen Sammelaktion für problematisch, da nach ihrer Auffassung die Kindereinrichtungen nicht über die entsprechenden Lagerungskapazitäten verfügen.

Stadtrat Westphal geht hierzu davon aus, dass bei Durchführung der Sammelaktion keine Größenordnungen zusammenkommen. Ggf. wäre eine Möglichkeit, einzelne Fahrten nach Sarajevo vorzunehmen bzw. die Unterstützung der Bundeswehr zum Transport zu erbitten.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, spricht sich für eine Zustimmung zum Antrag aus.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, schließt sich der Auffassung der Verwaltung an, derartige Aktionen nicht pauschal zu initiieren.

Stadtrat Franke, FDP-Fraktion, gibt zu bedenken, dass bei einer Zustimmung zum Antrag seitens der Stadt die entsprechenden Transporte finanziert werden müssen. Er legt seine Auffassung dar dem Antrag nicht zustimmen zu können, solange nicht dargelegt wird, wie die Finanzierung der Aktion erfolgen soll.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, spricht sich für eine Zustimmung zum Antrag aus und sieht diesen als Beitrag des Stadtrates zur Fortführung der Städtepartnerschaft.

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, sieht die Problemstellung der Diskussion zum Antrag in der fehlenden Vorstellung zur realen Lage in Sarajevo dahingehend, was tatsächlich benötigt wird. Er unterbreitet den Vorschlag zur Durchführung einer Besuchsreise in die Partnerstadt, um feststellen zu können, wie eine Hilfsaktion tatsächlich aussehen kann.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, spricht sich dafür aus zu prüfen welche Kosten tatsächlich entstehen könnten bzw. ob eine Kostenneutralität tatsächlich möglich sei.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, begründet seine Zustimmung zum Antrag.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0016/07 zu beschließen.

9.1.1. Gelebte Städtepartnerschaft Vorlage: S0168/07

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 10.1. Bildung des Eigenbetriebes "Konservatorium Georg Philipp Telemann"
Vorlage: DS0087/07
-

An diesem Tageordnungspunkt nimmt der Leiter des Amtes 44 Herr Dr. Keller teil.

Herr Dr. Keller macht erläuternde Ausführungen zur Drucksache.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion bringt Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, den Antrag ein, die Besetzung des Betriebsausschusses analog der Beschlussfassung des Stadtrates zur Bildung der Eigenbetriebe „theater magdeburg“ und „Puppentheater“ vorzunehmen und die Anzahl der Mitglieder auf insgesamt 9 zu erweitern.

Der Verwaltungsausschuss stimmt dem Änderungsantrag des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, mit 10 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Zur Nachfrage von Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, hinsichtlich der Beteiligung von Elternvertretern im Betriebsausschuss des Konservatoriums legt Herr Dr. Keller dar, dass diese Beteiligung entsprechend der Satzung rechtlich nicht möglich ist.

Ergänzend hierzu verweist Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darauf, dass die Regelungen des Eigenbetriebsgesetzes eine Beteiligung von Elternvertretern nicht zulassen.

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, informiert, dass der Kulturausschuss dem Stadtrat die Beschlussfassung empfiehlt. Bezugnehmend auf Punkt 12 des Beschlussvorschlages legt sie ihre Auffassung dar, dass diese Regelung den Eigenbetrieb daran hindere, flexibel zu wirtschaften. Sie spricht sich dafür aus, zu dieser Thematik eine generelle Diskussion zu führen.

Hinweis: Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, trifft um 17.15 Uhr zur Sitzung ein.

Zur Nachfrage des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bzgl. der unter Punkt 6 des Beschlussvorschlages aufgeführten Summe anteilig ermittelter Schulden erläutert Herr Dr. Keller, dass es sich hierbei um Investitionen handelt, die seit 1994 für das Konservatorium getätigt wurden.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0087/07 unter Beachtung des Änderungsantrages DS0087/07/1 in seiner Sitzung am 04. 10. 2007 zu beschließen

- 10.2. Straffung und Effizienzsteigerung der IGZ-Beteiligungen der
Landeshauptstadt Magdeburg unter Einbeziehung der Betreuung
der Denkfabrik
Vorlage: DS0239/07
-

Die Drucksache wurde von der heutigen Tagesordnung zurückgezogen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzende/r

Andrea Behne
Schriftführer/in